

WSM Nachrichten



Europawahl
2024

Liebe Unternehmer, Verbandsmitarbeiter und Freunde der Stahl und Metall verarbeitenden Industrie,



das Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist Europa. Im Juni finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, im Anschluss daran wird die EU-Kommission neu gewählt. Es stehen also zukunftsweisende Entscheidungen für die Europäische Union bevor, die auch die zukünftige Ausrichtung der europäischen Industriepolitik bestimmen werden.

Die jetzige Kommission mit Präsidentin Ursula von der Leyen hat mit dem Green Deal einen klaren industriepolitischen Schwerpunkt gesetzt. Unter der Prämisse „Klimaschutz first“ wurden die CO₂-Preise angehoben, Klimazölle eingeführt, Verbrennermotoren weitgehend verboten, neue Klimaschutzziele für 2040 definiert und umfangreiche Nachhaltigkeitsverpflichtungen eingeführt. Die Betriebe müssen nun Corporate Social Responsibility Reports schreiben, Banken sollen gemäß der Taxonomie am besten nur noch „grüne Kredite“ vergeben, und Unternehmen müssen ihre Lieferketten auf Umwelt- und Menschenrechtsrisiken prüfen. Die Kommission glaubt, dass nur eine ökologisch und sozial nachhaltige Industrie zukunftsfähig sein kann und fühlt sich berufen, die Industrie in diesem Sinne umzugestalten. Dabei übersieht sie, dass der wichtigste Erfolgsfaktor für die europäische Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Amerika und Asien ist. Das bedeutet: Sie muss Technologieführer sein und zu Weltmarktbedingungen produzieren können. Letzteres scheint der EU aus dem Blick geraten. Indem im Namen der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit umfangreiche Pflichten, Einschränkungen und Belastungen auferlegt werden, entsteht den Unternehmen ein erheblicher Mehraufwand – mehr statt weniger Bürokratie und Kosten, die nicht an die Kunden

weitergegeben werden können. Das belastet den industriellen Mittelstand enorm. Er hat keine Ressourcen für immer mehr Verwaltungsaufgaben und kommt auch nicht in den Genuss der großen EU-Förderprogramme.

Die neue EU-Kommission und das neue EU-Parlament müssen wieder die richtige Balance finden zwischen hehren Zielen und dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Dazu müssen die künftigen Amts- und Mandatsträger in Brüssel endlich den Dialog mit der Industrie wagen. Bisher können Unternehmen und Verbände nur hoffen, gehört zu werden – darauf vertrauen können sie nicht. Wenn dann geplante Vorhaben wie das Lieferkettengesetz auf der Strecke zu bleiben drohen, ist man mit Schuldzuweisungen schnell dabei. Hätten die EU-Politiker zuvor mit der Industrie gesprochen und ihre Argumente berücksichtigt, wäre es sicher anders gekommen. Hoffen wir, dass es nach der Wahl anders wird.

Ich lade Sie herzlich ein, zu diesen und anderen Themen mehr in den aktuellen WSM Nachrichten zu lesen!

Christian Vietmeyer

INHALT

■ Aktuelles aus Wirtschaft & Politik

- 5 **WSM IM GESPRÄCH**
Manfred Weber: „Insgesamt ist mir bei der Diskussion zu viel Ideologie im Spiel“
- 8 **EU-POLITIK UND TRANSFORMATION**
Zuckerbrot statt Peitsche
- 12 **3 FRAGEN AN ...???**
Malte Lohan, Generaldirektor von Orgalim, Brüssel

■ Aus der Branche

- 15 **WSM-KONJUNKTUR**
Auf einen Blick
- 16 **WSM-KONJUNKTUR**
Produktion im Jahr 2023 verfehlt Vorjahreswert um 3,3 %

■ Neues aus unserem Verbändenetzwerk

- 19 **ArGeZ**
Zulieferforum in Frankfurt gut besucht

■ Für die Betriebspraxis

- 21 **RECHT**
Experten sprechen sich für eine Reform des AGB-Rechts aus
- 22 Bundesministerium der Justiz enttäuscht mit Viertem Bürokratieentlastungsgesetz
- 24 **INDUSTRIELLE VERSICHERUNGEN (45)**
Grenzübergreifender Versicherungsschutz

WSM

Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

IMPRESSUM

Herausgeber

WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.
Uerdinger Str. 58-62
40474 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 95 78 68 22
info@wsm-net.de
www.wsm-net.de
Hauptgeschäftsführer:
Christian Vietmeyer

Verlag

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach
Telefon: 02226 / 802-0
verlag@ubg365.de
HRB 10605 AG Bonn
Geschäftsführer:
Jonathan Schreyer
Heinrich Rentmeister

Redaktion

Christian Vietmeyer (WSM/V.i.S.d.P.)
Christine Demmer (UBG)

Projektleitung (UBG)

Sonja Bach-Meiers (UBG)
Telefon: 030 / 22 070-271
sonja.bach-meiers@ubg365.de

Anzeigenverwaltung

Claudia Kuchem (UBG)
Telefon: 02226 / 802-213
claudia.kuchem@ubg365.de

Titelfoto

VanderWolf Images - stock.adobe.com

Die WSM Nachrichten werden vier Mal jährlich herausgegeben. Mitgliedsunternehmen erhalten sie kostenlos im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.

Urheberrechte:

Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Herausgebers nicht erlaubt.

© WSM 2024

GELEITET VON ZAHLEN - DIE REALITÄT IM BLICK!

Wir sind Ihr Partner für aktive Unternehmens-
entwicklung auf Augenhöhe.

Wir finden die Lösung. Gemeinsam.

hahn,consultants ist anerkannter Consultingpartner des Mittelstands. Seit über 20 Jahren sind wir erfolgreich tätig, vornehmlich für mittelständische Industrieunternehmen. Unsere hohen Beratungsstandards werden gewährleistet durch die Expertise unserer Arbeiterteams und das überregionale Partner-Netzwerk. Unser Versprechen an Sie: Kompetenz zu Ihrem Vorteil, ganzheitliche Lösungsansätze und praxisnahe Umsetzung.

hahn,consultants gmbh

Memeler Straße 30 | 42781 Haan | Tel. +49 (0)21 29 - 557 310
Lister Straße 9 | 30163 Hannover | Tel. +49 (0)5 11 - 89 939 910
Arnulfstraße 37 | 80636 München | Tel. +49 (0)89 - 212 311 410
Alsfelder Straße 7 | 64289 Darmstadt | Tel. +49 (0)61 51 - 66 96 051
info@hahn-consultants.de | www.hahn-consultants.de



Restrukturierung/Sanierung



M&A/Unternehmensnachfolge



Wachstum



Unternehmenssteuerung



hahn,consultants
STRATEGIE | ORGANISATION | MANAGEMENT



Foto: Zerbor - stock.adobe.com

WSM im Gespräch

„Insgesamt ist mir bei der Diskussion zu viel Ideologie im Spiel“

Manfred Weber, Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Die Wahlen zum Europaparlament und damit die Bildung einer neuen EU-Kommission stehen vor der Tür. Was sollte Ihrer Meinung nach geschehen, damit die Bürger Europas statt nationalistisch ausgerichteter Gruppierungen eher die Parteien der Mitte wählen werden?

Manfred Weber: Wir erleben fundamentale Veränderungen in unserer Gesellschaft in einer Dichte und Geschwindigkeit wie nie zuvor: Verschiebungen in der globalen Machtverteilung, Krieg in unserer Nachbarschaft, Digitalisierung, Migration und Klimawandel: Daraus wächst viel Unsicherheit, von der Radikale von rechts und links leider profitieren. Aber eine von extremen Ansichten getriebene Politik kann nicht gut sein. Wir als Christdemokraten wollen die Sorgen der Menschen aufgreifen und die Herausforderungen lösen. Als EVP stehen wir für eine Politik aus der bürgerlichen Mitte heraus. Wir wollen



Manfred Weber

Foto: Tobias Koch

ein Europa, das Wohlstand erhalten, die wirtschaftliche Grundlage des Kontinents sichern und Frieden und Sicherheit auch in schwierigen Zeiten garantieren kann. Es braucht mehr Führung, und die bleiben insbesondere der deutsche Bundeskanzler und der französische Präsident schuldig. Letztlich müssen wir klarmachen, dass Europa nur gemeinsam in der Welt von heute und morgen noch eine Rolle spielen wird.

Was sollten aus Ihrer Sicht die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der neuen EU-Kommission sein?

Manfred Weber: Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft in der Gesetzgebung und bei der Schaffung anreizbasierter Instrumente wieder an die erste Stelle rücken. Europa und die Industrie auf dem Kontinent dürfen nicht abgehängt werden. In der kommenden Legislaturperiode müssen eine vollständige Überprüfung des Gesetzgebungsbestands und insbesondere die Konsolidierung und Vereinfachung kommen. Eine große Herausforderung ist, dass die zur Verfügung stehenden Gelder der EU zu wenig abgerufen werden, von Deutschland zum Beispiel derzeit nur zu 50 Prozent. Deshalb muss dringend an einer Erleichterung des Mittelabflusses und einer Entschlackung der Bewerbungs- und Genehmigungsverfahren in der EU gearbeitet werden. Genauso wollen wir, dass weitere mögliche Potenziale des Binnenmarkts genutzt werden, und den Ausbau der Kapitalmarktunion.

Klimaschutz war ein zentrales Thema der jetzigen Kommission, zu denken ist hier vor allem an den Green Deal. Grundsätzlich stimmt die deutsche Industrie dem zu. Dennoch werden manche Projekte wie zum Beispiel CBAM oder das Verbrennerverbot scharf kritisiert. Was ist Ihre Vorstellung von europäischer Klimaschutzpolitik?

Manfred Weber: Die Bewältigung des Klimawandels und Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs ist für meine Politiker-Generation eine Lebensaufgabe. Deshalb ist der Green Deal ein zentrales Projekt. Wir unterstützen die Ziele und haben die Gesetze im Parlament mitgestaltet. Bei einigen Gesetzen ist der früher zuständige sozialdemokratische Vizepräsident aber deutlich über das Ziel hinausgeschossen. Dort haben wir ein Stoppschild aufgestellt, weil die Vorschläge kontraproduktiv waren. Klar ist, dass wir in der kommenden Legislatur die

Wirkung vieler Gesetze überprüfen und gegebenenfalls anpassen müssen. Konsolidierung und Vereinfachung müssen Priorität haben. Insgesamt ist mir bei der Diskussion zu viel Ideologie im Spiel. Wir sollten versuchen, den Green Deal im Miteinander voranzubringen und gerade die Wirtschaft stärker miteinzubeziehen. Mir gefällt nicht, dass manche Berufsgruppen oder Wirtschaftszweige an den Pranger gestellt werden.

Die EU produziert ständig mehr Bürokratie. Mit zahlreichen Berichtspflichten soll die Welt verbessert werden. Hierunter leidet besonders der Mittelstand, zu dem sich viele Unternehmen oberhalb der KMU-Schwelle zählen. Welches sind Ihre Vorschläge, wie man hier zu einer wirklichen Verbesserung kommen kann?

Manfred Weber: Der Bürokratieabbau bleibt eine Daueraufgabe. Wir als EVP sind für ein Bürokratiemoratorium. Ich weiß, dass manche bei solchen politischen Bekenntnissen skeptisch sind. Aber der Teufel liegt nun mal im Detail. Eine Verbesserung könnte bereits dadurch erzielt werden, dass wir als EU-Institutionen anfangen, das einzuhalten, was wir uns selber auferlegt haben. Hier ist das „1-in-1-out-Prinzip“ zu nennen. Im vergangenen Jahr war es zum Beispiel faktisch 2-in-1-out. Im Jahr zuvor bei 3,5-in-1-out. Deshalb muss in der nächsten Legislaturperiode der EU-Gesetzeskleiderschrank konsequent aussortiert werden. Kleinteilige Regelungen und Doppelungen im Gesetzgebungsbestand der EU müssen identifiziert und behoben werden. Es gibt viele Themen, die wir einfacher gestalten können. Sei es beispielsweise die Frage der KMU-Definition, bei der wir überzeugt sind, dass es Sinn ergibt, auch eine Mid-Cap-Definition einzuführen. Oder bei der Anpassung des Anwendungsbereichs der Bilanz-Richtlinie: Würde man hier die Mitarbeiter-schwelle auf 500 Mitarbeiter anheben, wären in Deutschland auf einen Schlag über 2.600 Betriebe weniger betroffen. Eine weitere Baustelle liegt im Bereich Definitionen. In vielen



Foto: PhotosG - stock.adobe.com

Digitalgesetzgebungen der EU sind Begriffe wie „Daten“, „User“ und andere doppelt oder dreifach definiert, immer mit kleinen Abweichungen. Und ganz wichtig: Die 1:1-Umsetzung in nationale Gesetzgebung muss endlich der Standard sein. Wenn wir an der Wurzel ansetzen, können wir zu einer wirklichen Verbesserung kommen.

Zum Umweltschutz: Beim Thema PFAS wurde das Prinzip umgekehrt, wonach nachweislich gefährliche Stoffe verboten oder beschränkt werden. Jetzt reicht bereits der Verdacht, um eine riesige Anzahl von Stoffen zu verbieten. Wenn diese Entwicklung so weiter geht, haben wir keine faktenbasierte Umweltpolitik mehr. Stimmen Sie dieser Sichtweise zu? Oder können Sie sie argumentativ entkräften?

Manfred Weber: Insgesamt werden die Diskussionen in jüngerer Zeit radikaler, ideologischer und holzschnittartiger. Es heißt: „Bist Du nicht dafür, bist Du dagegen.“ Das scheint mir meist

nicht der richtige Weg zu sein. Europa lebt vom Kompromiss. Deshalb sollten wir auch beim Thema PFAS strukturiert vorgehen und sorgsam die verschiedenen Elemente abwägen. Ein vorschnelles Verbot aller PFAS würde wohl nicht zu dem gewünschten Effekt führen. Die meisten PFAS sind innerhalb eines streng kontrollierten industriellen Stoffkreislaufs gebunden und treten nicht mit der Umwelt oder den Menschen in Kontakt. Zudem werden PFAS für die Umsetzung des Green Deal und für Medizinprodukte benötigt. Einige nachweislich gefährliche PFAS können einfacher verboten werden, und da kann die Kommission tätig werden. Das Signal muss sein, es wird da gehandelt, wo es notwendig ist. Gleichzeitig muss die Herstellung strategisch wichtiger PFAS, die gesundheitlich und umwelttechnisch unbedenklich sind, gesichert werden. Wie auch bei anderen Themen ist die Planbarkeit für Unternehmen essenziell.

Vielen Dank für das Gespräch. ■



Foto: akkash.jpg - stock.adobe.com

EU-Politik und Transformation

Zuckerbrot statt Peitsche

Die Stimmung der Unternehmen in der Euro-Zone – insbesondere in Deutschland – ist getrübt. Geklagt wird über eine Vielzahl von Herausforderungen und Unsicherheiten. Dies wird auch im Jahr 2024 die Investitionsbereitschaft dämpfen. Die EU-Gesetze geben zwar den Rahmen vor, was Unternehmen für den Klimawandel zu tun haben. Doch wo ist der Anreiz, die Transformation auch zu wollen?

Laut erster Schätzung ist die Wirtschaft der Eurozone auch im letzten Vierteljahr 2023 nicht gewachsen. Seit nunmehr fünf Quartalen in Folge stagniert die Wirtschaftsleistung. Und auch in den kommenden Quartalen ist bestenfalls von einer nur graduellen Erholung auszugehen. Nicht zuletzt deshalb, weil die Schwäche weniger die Folge einer Krise ist; vielmehr spielen konjunkturelle und strukturelle Aspekte eine Rolle, und die geldpolitische Straffung zeigt zunehmend Wirkung. Auch wenn die EZB im Jahr 2024 ihre Geldpolitik lockert und die Zinsen senkt, werden die Auswirkungen ihrer straffen Politik sicherlich noch bis ins Jahr 2025 zu spüren sein. Für das laufende Jahr erwartet die IKB deshalb für die Euro-Zone lediglich ein

BIP-Wachstum von 0,4 %, nach 0,5 % im vergangenen Jahr.

Angesichts eines anhaltend schwachen Wachstums wird häufig die Fiskalpolitik in der Pflicht gesehen, zu unterstützen. Doch die Entwicklung des Haushaltsdefizits der EU deutet anders als das Defizit der USA auf keine spürbare fiskalische Stimulierung hin. Diese Zurückhaltung ist dennoch zu befürworten. Denn eine weniger expansive Fiskalpolitik unterstützt die geldpolitischen Anstrengungen, die Inflation zu dämpfen. Sie wird der Geldpolitik damit zunehmend Raum geben, die Zinsen senken zu können. Grundsätzlich weisen die EU-Länder in Krisenzeiten einen starken Konsens bezüglich makroökono-

mischer Politik auf. Dies zeigte sich in der Corona-Pandemie am Beispiel der zügigen Einführung von EU-Anleihen zur Finanzierung der Pandemiebekämpfung und Stützung der Wirtschaft. Dieser Konsens – getrieben durch gleiche Interessen der Länder – hat zu einer effektiven Politik geführt. Denn bereits in der zweiten Jahreshälfte 2021 konnte die EU ihre Vor-Corona-Wirtschaftsleistung wieder erreichen. Die EU-Politik hat also – auch durch Institutionen wie die EZB – eine konstruktive Rolle in der Krisenbewältigung gespielt und die schnelle Erholung der Wirtschaft ermöglicht. (Abb. 1)

Klare Rahmenbedingungen verlangen Einigkeit

Die EU handelt wachstumsfördernd, wenn es um Liberalisierung, Integration und Standardisierung von Märkten geht. Der Telekommunikationssektor ist hierfür ein Beispiel. In diesem Fall fördert die EU ihren Gründungsgedanken der „vier Freiheiten“ in Bezug auf Güter sowie Dienstleistungen, Personen und Kapital, was Wachstum und Wohlstand begünstigt. Schwieriger wird es, wenn sich die EU-Länder zwar auf Ziele im Grundsatz einigen, diese aber zum Teil ganz unterschiedliche Implikationen für die einzelnen Länder haben. Denn zum einen hemmt der daraus folgende Handlungsdissens die Fähigkeit der EU, klare Rahmenbedingungen

vorzugeben. Zum anderen bringt das Streben nach Konsens oftmals Lösungen, deren Effektivität abgeschwächt ist. Der kleinste gemeinsame Nenner bestimmt eher die Richtung als überzeugendes Handeln. Dies reduziert die Schlagkraft von Entscheidungen. Während in Krisenzeiten Ziele und Implikationen klar sind, können Herausforderungen wie Transformation und Nachhaltigkeit die Länder durchaus unterschiedlich treffen.

Nachhaltigkeit und Klimaneutralität sind gesetzt

Die EU-Politik hat sich mehr und mehr zu einer Institution entwickelt, die zunehmend den Fokus auf Deregulierung und Marktkräfte aus den Augen verloren hat und verstärkt auf Regulierung zur Erreichung konkreter Ziele setzt. So hat sich die EU-Politik klar positioniert in Bezug auf Nachhaltigkeit und Klimaneutralität und versucht mit Regeln, wie die EU-Taxonomie, ihre Ziele zu erreichen. Dieser Ansatz findet sich nicht nur auf Makroebene wieder, zum Beispiel bei der regulierten Bepreisung des CO₂-Ausstoßes, sondern auch in der EU-Taxonomie, die auf mikroökonomischer Ebene Wirtschaftsaktivitäten auf Grundlage ihrer Nachhaltigkeit klassifiziert. In der Folge sind Unternehmer verpflichtet, Informationen zu liefern und neue Regularien wie beispielsweise den Nachhaltigkeitsbericht zu erfüllen.

Abb. 1: Staatliches EU-Haushaltsdefizit in % des BIP



Quellen: Eurostat; P = EU-Prognose

Die Verordnungen der EU-Taxonomie werden sicherlich die Transparenz in der EU bezüglich des nachhaltigen Wirtschaftens deutlich erhöhen, mit der Folge höherer Transaktionskosten. Ebenso teilt der Rest der Welt nicht unbedingt die EU-Ansprüche von Transparenz und Nachhaltigkeit. Die EU versucht deshalb, Wettbewerbsnachteile insbesondere infolge der CO₂-Bepreisung durch weitere Regulierung auszugleichen. Hierzu gehört der europäische Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), der auch die deutsche Industrie maßgeblich beeinflussen wird. Der Fokus liegt auf der Besteuerung des CO₂-Gehalts importierter Güter. Dies soll heimische Industrien unterstützen, die durch die Nutzung grüner Technologien anfänglich preisliche Wettbewerbsnachteile aufweisen. Der EU-Binnenmarkt wird also geschützt, höhere Kosten entstehen jedoch für die europäischen Nachfrager. Auch verhindert der Mechanismus nicht, dass mögliche Wettbewerbsnachteile auf Exportmärkten entstehen. Im Gegenteil: Durch höhere Kosten von importierten Vorleistungsgütern mag die Wettbewerbsfähigkeit sogar zusätzlich belastet werden.

Grüne Politik muss zu einem Wettbewerbsvorteil führen

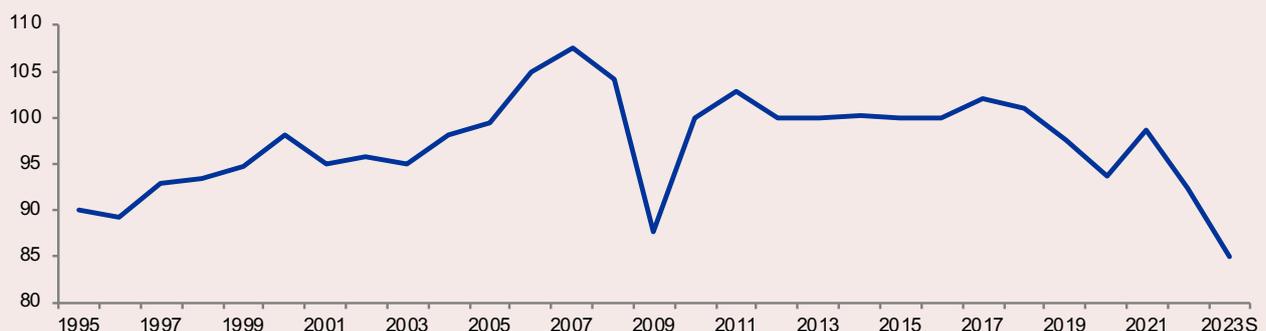
Grundsätzlich wird entscheidend sein, dass die Einführung grüner Technologien in der Tat zu einem Wettbewerbsvorteil führt. Im Idealfall stellt diese Regulierung also nur eine Überbrückungsmaßnahme dar. Denn im Fall eines globalen

CO₂-Preises und eines globalen Ziels der Klimaneutralität wären solche Instrumente überflüssig. Zölle zum Schutz neuer Industrien und Technologien sind jedoch ein weitverbreitetes Werkzeug der Wirtschaftspolitik – allerdings mit gemischtem Erfolg. Denn die Gefahr besteht, dass diese Industrien und Technologien nie ein Stadium erreichen, in welchem sie selbstständig wettbewerbsfähig sind – gerade, weil sie geschützt wurden. Das Ergebnis sind dann langfristig nicht wettbewerbsfähige Industrien.

Klimaneutralität durch Abwanderung ist keine Lösung

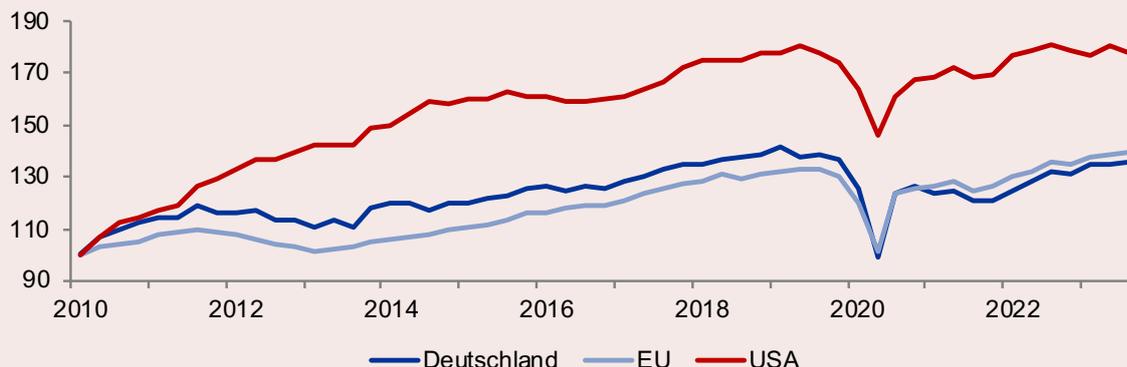
Um die Klimaziele zu erreichen, ist eine Transformation der Industrie notwendig. Klimaneutralität durch Abwanderung der Produktion ins Ausland wird weder dem Weltklima noch der Wertschöpfung in der EU helfen. Doch gerade in disruptiven Zeiten fehlt oftmals die mittel- bis langfristige Perspektive, eine Transformation anzugehen. Gerade in der aktuellen Wirtschaftslage ist deshalb eine entscheidende und ausreichend starke Anstrengung gefordert: Eine Kombination aus höheren CO₂-Preisen und -Zöllen bei gleichzeitig bedeutenden Investitionschüben ist notwendig, um die Transformation einzuleiten und Momentum aufzubauen. Ohne eine starke Investitionsbereitschaft werden „negative“ Anreize, wie Steuern und Regulierung, zu keiner Transformation führen, sondern nur zu Abbau und Verlagerungen von Produktionskapazitäten.

Abb. 2: Deutschland – Produktion energieintensiver Branchen, 2015 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; IKB-Berechnung; S = IKB-Schätzung

Abb. 3: Reale private Ausrüstungsinvestitionen, Q1/2010 = 100



Quellen: Eurostat; Bloomberg

Es braucht positive Anreize, wie eine hohe Investitionsrendite durch zum Beispiel Steuersenkungen, und Planungssicherheit, damit eine erfolgreiche Transformation gelingt. Mehr noch als Verbote und Kosten müssen Opportunitäten und Gewinne im Fokus stehen. Die aktuelle CO₂-Bilanz der deutschen Industrie ist ein mahnendes Beispiel, wie Transformation nicht funktioniert. Zwar wurden die für 2023 gesetzten Klimaziele tatsächlich erreicht, aber der CO₂-Ausstoß reduziert sich nur, weil die Industrieproduktion gesunken ist. So verringert sich bereits seit Jahren der Anteil energieintensiver Branchen wie Chemie, Glas, Papier und die Metallindustrie an der gesamten Produktion des deutschen verarbeitenden Gewerbes. Der schwache Konjunkturverlauf und die Abwanderung energieintensiver Industriezweige bestimmen also vorrangig die Höhe des CO₂-Ausstoßes in Deutschland. Dies wiederum ist auf eine viel zu niedrige Investitionsquote zurückzuführen. (Abb. 2, Seite 10)

Die Stimmung der Unternehmen in der Euro-Zone – insbesondere in Deutschland – ist getrübt. Die Unternehmen klagen über eine Vielzahl von Herausforderungen und Unsicherheiten. Dies wird auch im Jahr 2024 die Investitionsbereitschaft dämpfen. Die EU-Gesetze geben zwar den Rahmen vor, was Unternehmen für den Klimawandel zu tun haben. Doch wo ist der Anreiz, die Transformation auch zu wollen? Letztendlich ist es immer effektiver, wirtschaftliches Verhalten eher durch „wollen“ als durch „müssen“ zu

steuern. Zwar verfolgt die EU einen doppelten Ansatz aus Zuckerbrot (Subventionen) und Peitsche (ansteigende CO₂-Preise). Angesichts des deutschen Beispiels und insbesondere der niedrigen Investitionsquote muss allerdings deutlich mehr passieren, was positive Anreize angeht. Es braucht eine grundsätzlich positive Erwartungshaltung für den Standort ebenso wie für zukünftige Gewinne. Schließlich gelingt Transformation nur durch eine hohe Investitionsquote und damit Wirtschaftswachstum. Eine erfolgreiche Klima- beziehungsweise Transformationspolitik benötigt deshalb alle Anreize, die die EU und somit auch Deutschland zu einem investitionsfreundlichen Land machen und das Potenzialwachstum verbessern. Dazu gehören stabile Rahmenbedingungen wie Planungssicherheit, effiziente Kostenstrukturen und eine tragbare Steuerlast, aber auch eine deutlich höhere Investitionsquote. (Abb. 3) ■

Dr. Klaus Bauknecht

IKB Deutsche Industriebank AG
 Wilhelm-Bötzkens-Str. 1
 40474 Düsseldorf
 Telefon: 0211/8221-4118
klausdieter.bauknecht@ikb.de

Ansprechpartner



Foto: IKB Deutsche Industriebank AG



Drei Fragen an...

Malte Lohan

Generaldirektor von Orgalim, Brüssel



Malte Lohan

Im Juni steht die Europawahl an. Wie blickt Orgalim darauf?

Malte Lohan: Die bevorstehenden Europawahlen im Juni 2024 sind ein entscheidender Moment für die Europäische Union. Themen wie wirtschaftliche Schwäche, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, Lebenshaltungskosten, Klimawandel, Migration, Sicherheit und digitale Transformation stehen im Mittelpunkt der Wahlkampagnen. Es ist damit zu rechnen, dass die politischen Weichen in diesen Bereichen neu gestellt werden.

Der Führungswechsel, zunächst im Europäischen Parlament und dann in der Europäischen Kommission, bietet unserer Industrie eine strategische Chance, die künftige politische Richtung der EU aktiv zu beeinflussen und zu gestalten. Orgalim hat hierfür eine politische Agenda

zur Schaffung einer europäischen Hightech-Produktionsbasis vorgelegt, die Wettbewerbsfähigkeit mit Europas Net-Zero-Zielen verbindet.

Unsere Industrie ist einem intensiven globalen Wettbewerb ausgesetzt und hat aufgrund struktureller Herausforderungen wie Energiekosten, Demografie und Inflation bereits einen Wettbewerbsnachteil. Vor diesem Hintergrund sind unsere Unternehmen zunehmend frustriert darüber, dass ihre Wettbewerbsfähigkeit durch übermäßige, unklare oder widersprüchliche regulatorische Belastungen in neuen EU-Gesetzen weiter verschlechtert wird.

Eine übergreifende Priorität ist daher die Verringerung des regulatorischen Aufwands, der die Fertigungsindustrie belastet und einem anhaltenden industriellen Erfolg Europas im Weg steht. Die neuen digitalen Vorschriften der EU zum Beispiel müssen so umgesetzt werden, dass sie die spezifischen Bedürfnisse der Fertigungsindustrie widerspiegeln und Innovation fördern, ohne die Dynamik Europas zu behindern. Die Arbeiten zur Beseitigung von Handelshemmnissen müssen beschleunigt werden, um unsere Industrie bei der Diversifizierung ihrer Lieferketten zu unterstützen und neue Wachstumsmärkte zu erschließen.

Außerdem muss sich die EU unbedingt wieder auf ihren Binnenmarkt als Grundlage für Europas langfristige industrielle Wettbewerbsfähigkeit



Foto: mozzZ - stok.adobe.com

und die Erreichung der CO₂-Neutralität besinnen und ihre Führungsrolle in Forschung und Innovation zurückgewinnen. Schließlich muss die EU beim Übergang zur CO₂-Neutralität eine wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung gewährleisten.

Werden unsere Industriethemen im Wahlkampf eine Rolle spielen?

Malte Lohan: Die Prioritäten unserer Branchen für die Europawahl sind klar. Und wir haben eine aktive Kampagne gestartet, um diese Prioritäten politisch sichtbar zu machen.

Vor dem Hintergrund einer geopolitischen Neuausrichtung und der Stärke rechtsextremer und populistischer Parteien in ganz Europa stehen unsere Themen ganz oben auf der Tagesord-

nung. Es wird als wesentlich angesehen, die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen, die Industrie widerstandsfähiger gegen künftige Krisen zu machen, die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und den EU-Binnenmarkt zu stärken. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, gab in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union im vergangenen September den Ton an, als sie Industriepolitik, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit als oberste Prioritäten für die Europäische Kommission bezeichnete.

Wir haben jedoch noch eine Menge Arbeit vor uns, um sicherzustellen, dass die von den Politikern vorgeschlagenen Lösungen für unsere Branche auch sinnvoll sind. Einige der Vorschläge würden die Lage sogar noch verschlimmern. Und die europäische Industrie selbst ist

gespalten und setzt sich für manchmal widersprüchliche Lösungen ein, sodass Politiker aller Parteien behaupten können, ihre Politik entspreche den Wünschen der Industrie.

Wir alle in der Metall verarbeitenden-, Maschinenbau- und elektrotechnischen Industrie müssen unsere gemeinsamen Bemühungen verstärken, um sicherzustellen, dass unsere Stimme gehört wird – sowohl in Brüssel als auch in den Hauptstädten in ganz Europa. Wir sind die größte Industriebranche in Europa. Aber wir können nur dann die politische Rolle spielen, die unserem Gewicht gerecht wird, wenn wir zusammen – KMU, Mid Caps und multinationale Unternehmen – bereit sind, mit einer koordinierten Kampagne und einer einheitlichen Stimme aktiv zu werden.

Es geht die Angst um, dass nationalistische Parteien viel Zulauf bekommen. Wie sehen Sie das?

Malte Lohan: Die Wahlen werden das Kräfteverhältnis im Europäischen Parlament bestimmen und darüber entscheiden, welche Parteien einflussreiche Posten erhalten und welche Koalitionen in der Lage sind, die politischen Entscheidungen zu lenken. Die Wahlergebnisse werden sich auch auf die Zusammensetzung der Europäischen Kommission und insbesondere auf die Wahl des/der nächsten Kommissionspräsidenten/in auswirken – mit weitreichenden Folgen für die strategischen Prioritäten der EU.

Es ist zu erwarten, dass rechtsextreme und populistische Parteien im Europäischen Parlament deutlich zulegen und möglicherweise die europäische Liberale Partei als dritte Kraft in Brüssel

ablösen werden. Die wachsende Unterstützung für diese Parteien hängt oft mit der Wahrnehmung zusammen, dass der „Green Deal“ der EU – der darauf abzielt, die Union bis 2050 klimaneutral zu machen – nach hinten losgegangen und zu einer Belastung für Arbeitnehmer, Landwirte und Unternehmen geworden ist.

Als Reaktion auf diese Befürchtungen greifen gemäßigte Politiker zu mehr Protektionismus und mehr Eingriffen in den Markt, in der Hoffnung, auf diese Weise Ängsten vor steigender Inflation und wirtschaftlicher Unsicherheit entgegenzutreten. Es wird in der nächsten Legislaturperiode deutlich schwieriger werden, politische Verbündete für die liberalen und marktwirtschaftlichen Reformen zu finden, die die Bedingungen für Europas Industrie strukturell verbessern würden.

Politik ist, wie immer, die Kunst des Kompromisses. Rechtsextreme Politiker werden in Europa nicht die Macht übernehmen, aber die politische Mitte, in der Kompromisse gefunden werden können, wird sich nach rechts verschieben. Das bedeutet zumindest, dass unsere Branche neue Argumente braucht, um unsere Prioritäten in einer Weise zu verteidigen, die der neuen politischen Realität gerecht wird. Und wir wären gut beraten, darüber nachzudenken, wie sich unsere eigenen Unternehmen in einem Europa anpassen müssen, das Sicherheit über Effizienz stellt und die Wirtschaft in „strategische Sektoren“ und den Rest aufteilt. Wie auch immer die Wahl genau ausgehen wird: Dieser Trend wird sich fortsetzen.

Wir bedanken uns für das Gespräch. ■

WSM-PARTNER

Gemeinsam stark!

UNTERNEHMENSBERATUNG



hahn,consultants gmbh
Memeler Straße 30
42781 Haan

Holger Hahn

Telefon: 02129 557333
Fax: 02129 557311
h.hahn@hahn-consultants.de

INDUSTRIELLE VERSICHERUNGEN



Versicherungsstelle Stahl- und Metallverarbeitung
Ein Unternehmen der LEUE NILL Gruppe

**VSM Versicherungsstelle
Stahl- und Metall-
verarbeitung GmbH**
Hohenzollernstraße 2
44135 Dortmund

Günter Hennig

Telefon: 0231 5404430
Fax: 0231 54047430
guenter.hennig@leue.de

ENERGIEBERATUNG



Energie Consulting GmbH
energy consultants

**ECG Energie Consulting
GmbH**
Wilhelm-Leonhard-Straße 10
77694 Kehl-Goldscheuer

Prof. Dr. Jürgen Joseph

Telefon: 07854 98750
Fax: 07854 9875200
juergen.joseph@ecg-kehl.de

FINANZIERUNG

**Deutsche Bank AG
Verbände und Institutionen**
Taunusanlage 12
60325 Frankfurt



Dr. Alexander Winkler

Telefon: 069 910-39018
alexander.winkler@db.com

UNTERNEHMENSBERATUNG

VIA Consult GmbH & Co. KG
Martinstraße 25
57462 Olpe/Biggesee

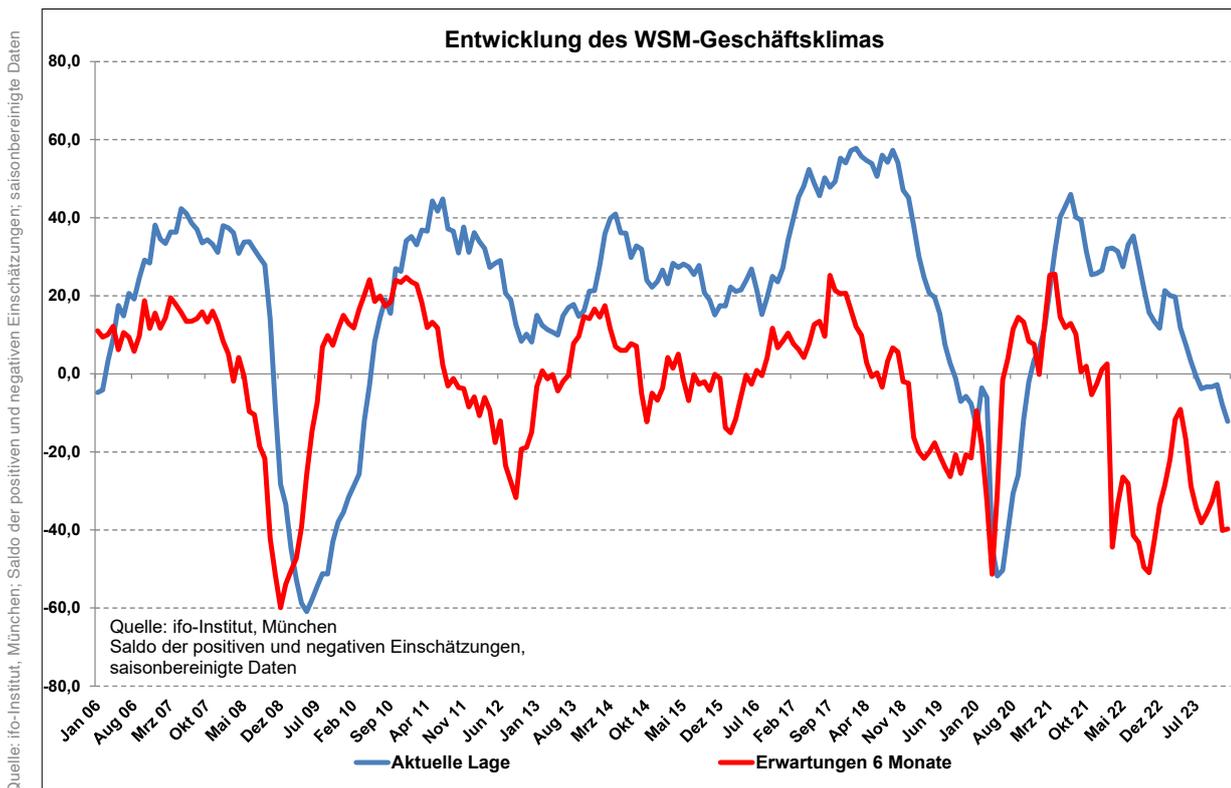
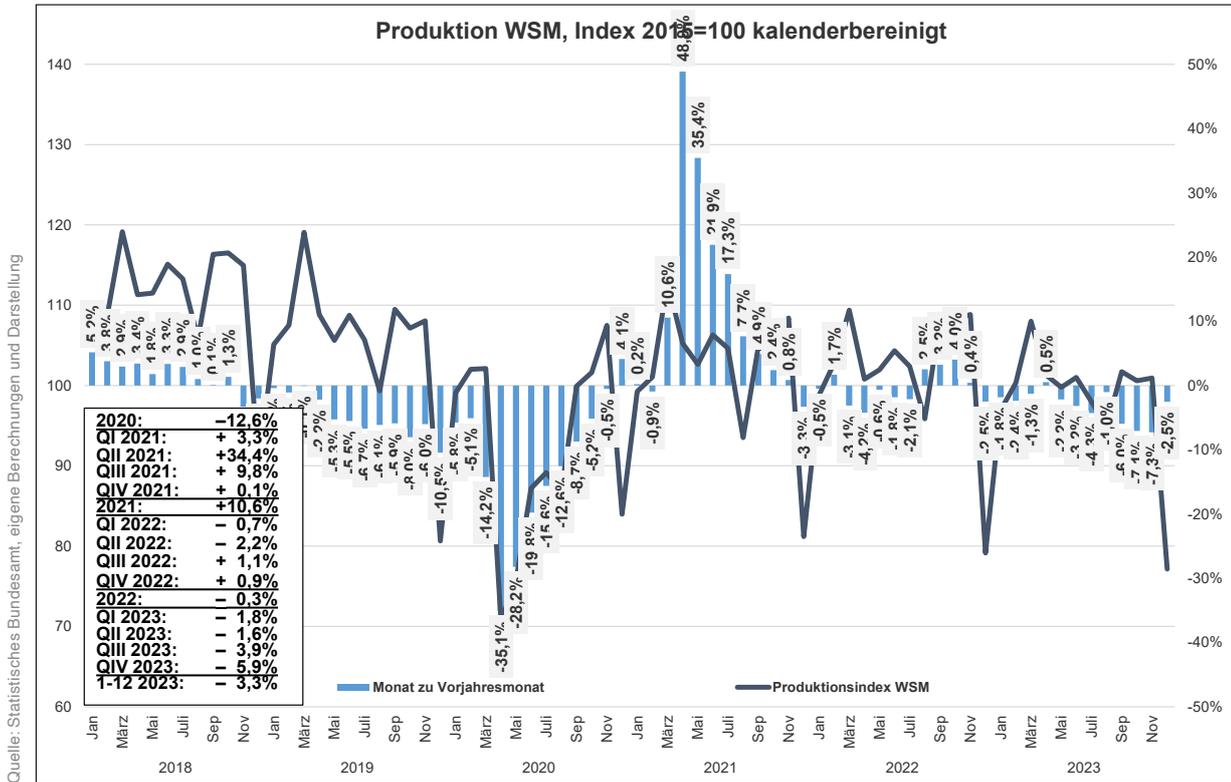


Guido Solbach

Telefon: 02761 83668-14
Fax: 02761 83668-24
g.solbach@via-consult.de

WSM-Konjunktur

AUF EINEN BLICK



WSM-Konjunktur

Produktion im Jahr 2023 verfehlt Vorjahreswert um 3,3 %

Im Schlussquartal des Jahres 2023 hat sich der Produktionsrückgang der WSM-Branchen weiter beschleunigt: gegenüber dem Vorquartal auf 5,4 %, gegenüber dem Vorjahresquartal auf 5,9 %. Damit lag die Produktion im Gesamtjahr um 3,3 % unterhalb des Vorjahresniveaus. Im Dezember verfehlte die Branche den Vorjahreswert um moderate 2,5 %. Einzelne Wirtschaftszweige der ersten Verarbeitungsstufe verzeichnen geringere Rückgänge als in den Vormonaten oder sogar Wachstum. Diese Entwicklung hat neben der guten Performance der Verteidigungsindustrie ein noch schlechteres Abschneiden der Branche im Jahr 2023 verhindert.

Die Nachfrage zeigt in diesen Branchen ebenfalls eine Bodenbildung, die Anlass zu vorsichtigem Optimismus für den weiteren Jahresverlauf geben könnte. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie nachhaltig die Entwicklung ist und wann die nachgelagerten Branchen davon profitieren. Insgesamt ist der Auftragseingang der WSM-Branchen im Jahr 2023 um 2,7 % zurückgegangen.



Grafik

Produktion WSM,
Index 2015 = 100 kalenderbereinigt

Die Stimmung in den Stahl und Metall verarbeitenden Industrien in Deutschland bleibt trotz der ersten Anzeichen einer konjunkturellen Stabilisierung zum Jahresbeginn frostig. Die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage fällt im Vergleich zum Vormonat nochmals um 4,3 Saldenpunkte. Der Anteil der Unternehmer, die ihrem Betrieb eine gute Geschäftslage bescheinigen, liegt nur noch bei 18,7 %, eine schlechte Geschäftslage attestieren hingegen 31,6 % der

insgesamt 334 Umfrageteilnehmer. Optimistisch blicken lediglich 10 % der Unternehmer auf das erste Halbjahr 2024. Jeder Zweite erwartet eine Eintrübung der Geschäftsentwicklung.



Grafik

Entwicklung des WSM-Geschäftsklimas

Zu einem besseren Stimmungsbild fehlen stabile, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen am Industriestandort Deutschland. Die Politik verspielt das letzte Vertrauen, wenn weiterhin gut gemeinte Projekte einzelner Ministerien medienwirksam verkündet werden, ohne dass sie zuvor mit den Koalitionspartnern und Bundesländern abgestimmt worden sind. Das Wachstumschancenengesetz ist ein jüngeres Beispiel für diesen Vertrauen zerstörenden Politikstil. Unternehmer, die kein Vertrauen in die Visionen und Zusagen der Politik haben, werden keine Investitionsentscheidungen für Deutschland treffen. ■

Dipl.-Kaufmann Holger Ade

Leiter Industrie- und Energiepolitik

WSM Wirtschaftsverband Stahl-
und Metallverarbeitung e.V.

Goldene Pforte 1

58093 Hagen

Telefon: 0160-8407944

hade@wsm-net.de

www.wsm-net.de



Ansprechpartner

WSM Mitgliedsverbände

- **Deutscher Schraubenverband e.V. – DSV**
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 9588-11, www.schraubenverband.de
- **Eisendraht- und Stahldraht-Vereinigung e.V. – ESV**
Kaiserswerther Str. 137, 40474 Düsseldorf, Telefon: 0211 4564237, www.drahtverband.org
- **Fachverband Industrie verschiedener Eisen- und Stahlwaren e.V. – IVEST**
An der Pönt 48, 40885 Ratingen, Telefon: 02102 186200, www.ivist.de
- **Fachvereinigung Kaltwalzwerke e.V. – FVK**
Kaiserswerther Str. 137, 40474 Düsseldorf, Telefon: 0211 4564120, www.fv-kaltwalzwerke.de
- **Fachverband Metallwaren- und verwandte Industrien e.V. – FMI**
Leostr. 22, 40545 Düsseldorf, Telefon: 0211 5773910, www.fmi.de
- **Fachverband Pulvermetallurgie e.V. – FPM**
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 958817, www.pulvermetallurgie.com
- **Herstellerverband Haus & Garten e.V. – HHG**
Deutz-Mülheimer Str. 30, 50679 Köln, Telefon: 0221 2798010, www.herstellerverband.de
- **Industrieverband Bau- und Bedachungsbedarf – IV B+B**
Lechfeldstraße 67, 86899 Landsberg am Lech, Telefon: 08191 4286719, info@ivbb-net.de
- **Industrieverband Blechumformung e.V. – IBU**
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 958831, www.industrieverband-blechumformung.de
- **Industrieverband Garten e.V. – IVG**
Wiesenstraße 21a, 40549 Düsseldorf, Telefon: 0211 90999800, www.ivg.org
- **Industrieverband Härtetechnik e.V. – IHT**
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 958825, www.haertetechnik.org
- **Industrieverband Massivumformung e.V. – IMU**
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 958813, www.massivumformung.de
- **Verband der Deutschen Federnindustrie e.V. – VDFI**
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02231 958851, www.federnverband.de

ArGeZ

Zulieferforum in Frankfurt gut besucht

Trotz Bahnstreiks fanden am 25. Januar 2024 mehr als hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Weg zum 27. Zulieferforum der ArGeZ Arbeitsgemeinschaft Zulieferindustrie in Frankfurt am Main.

Die von Johannes Winterhagen moderierte Veranstaltung brachte wieder viele neue Erkenntnisse, interessante Momente und lebhaft Diskussionen. Im ersten Thementeil „Zulieferindustrie – Standort Deutschland“ traten Hartmut Höppner, Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall und Dr. Klaus-Dieter Bauknecht, Chefvolkswirt der IKB Deutsche Industriebank, auf die Bühne (siehe Bild unten). Hartmut Höppner betonte, wie wichtig die Automobilindustrie für Deutschland sei. Insbesondere die vielen mittelständischen Zulieferbetriebe seien entscheidend für die Transformation der Mobilität. Hier müssten viele Innovationen geschaffen und zur Serien-

reife gebracht werden. Ein wichtiges Thema für ihn war auch die Ertüchtigung der Infrastruktur. So müssten in den kommenden Jahren zahlreiche Straßen und Brücken saniert werden. Deutschland stehe vor einer Mammutaufgabe, die aber jetzt angegangen werde. Nicht zuletzt müsse auch die digitale Infrastruktur in Deutschland erheblich verbessert werden, um neue Geschäftsmodelle voranzutreiben. Die Vorgängerregierungen hätten leider vieles liegen gelassen, insofern bestehe ein erheblicher Nachholbedarf.

Jürgen Kerner von der IG Metall wies daraufhin, dass es um den Zulieferindustriestandort Deutschland im Moment nicht gut bestellt sei. Zu viele bürokratische Belastungen und zu hohe Energiekosten führten dazu, dass mittelständische Zulieferunternehmen unter starken Druck geraten seien. Er betonte sehr deutlich, dass der energieintensive Mittelstand in Deutschland gebraucht würde und dass es eine Illusion sei, dass alle Teile importiert werden könnten. Wenn diese Industrien Deutschland verlassen, werde auch die automobilen Wertschöpfungskette Deutschland verlassen. Dem müssten politische Rahmenbedingungen schnell entgegengestellt werden, die den Produktionsstandort Deutschland wieder attraktiv machen. Applaus bekam er für die Forderung, den Strompreis rasch abzusenken. Die Regierung müsse Konzepte vorlegen, die zu verbesserten Bedingungen noch in diesem Jahr führten.



(v.l.n.r.) Klaus-Dieter Bauknecht, Chefvolkswirt IKB Bank; Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender IG Metall; Hartmut Höppner, Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Verkehr; Johannes Winterhagen, Moderator

Dr. Klaus-Dieter Bauknecht brachte seine volkswirtschaftliche Sicht ein. Im Moment herrschten Standortbedingungen in Deutschland, die Investitionen abwürgten und nicht befeuerten. Zwar stehe die Transformation für neue Technologien und Innovationen, die Mittel dafür müssten aber erst verdient werden. Im Moment reagiere die Industrie mit Attentismus bei Investitionen und mit Verlagerungen von Produktionen. Wenn das nicht aufgehalten werde, würden viele Industriebetriebe unwiederbringlich verloren gehen. Die Transformation sei mithin keine Erfolgsstory für die Industrie, sondern führe im Moment jedenfalls eher zu Vertrauensverlusten.

Im zweiten Teil der Veranstaltung ging es um die Frage, wie sich Automobilzulieferer aus der einseitigen Abhängigkeit gegenüber OEMs lösen können. Der Gesellschafter der ANVIS Group Olaf Hahn berichtete aus seiner Unternehmenspraxis und erläuterte, wie er auf darauf reagiert habe. Unternehmensberater Mark René Faerber von der Beratungsgesellschaft Struktur Management Partner beleuchtete das Thema strategisch und gab wertvolle Hinweise, wie sich Unternehmen aufstellen können.

Im dritten Teil der Veranstaltung ging es um das Automobil im Stoffkreislauf und die Bedeutung für Zulieferer. Dr. Simon Jäger von BMW erläuterte den Ansatz des bayerischen Autobauers. BMW führe sehr interessante Studien durch, wie Automobile der Zukunft aus recyceltem Material hergestellt werden können. Für ihn ist ein möglichst geschlossener Stoffkreislauf unverzichtbar für die Erreichung der Klimaziele und für die Schonung natürlicher Ressourcen. BMW habe eine klare Unternehmensstrategie, hier führend zu sein.

Anschließend erläuterte Andreas Rödgers, Geschäftsführender Gesellschafter der G.A. Rödgers GmbH & Co. KG seinen Ansatz. Als Spritzgusshersteller erläuterte er die Möglichkeiten dieser



Fotos: Martin Vogt, Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie

(v.l.n.r.): Andreas Rödgers, G.A.Rödgers GmbH & Co. KG; Dr. Simon Jäger, BMW AG; Johannes Winterhagen, Moderator

Industrie, wie Stoffkreisläufe entstehen und der Product Carbon Footprint reduziert werden könne. Auf dem Zulieferforum der ArGeZ stellte er dar, dass kein Unternehmen dieses alleine stemmen könne, sondern immer die gesamte Wertschöpfungskette zu sehen sei. Insbesondere die Grundstoffindustrie müsse hier Beiträge leisten, um in den industriellen Wertschöpfungsketten zu Erfolgen zu kommen. Die Veranstaltung klang mit sehr intensiven Diskussionen aus. ■

Christian Vietmeyer

Syndikusrechtsanwalt, Hauptgeschäftsführer

WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

Uerdinger Straße 58-62

40474 Düsseldorf

Tel. 0211/95 78 68 22

vietmeyer@wsm-net.de

www.wsm-net.de



Foto: Chris Göttert

Ansprechpartner



RECHT

Experten sprechen sich für eine Reform des AGB-Rechts aus



Foto: Benjamin [O.] Zweig - stock.adobe.com

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zu einem Justizstandort-Stärkungsgesetz fand am 13. Dezember 2023 eine Expertenanhörung vor dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages statt. Einige hierin berufene Experten plädierten dafür, nicht nur das Prozessrecht zu ändern, sondern auch das materielle Recht bezüglich des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen im unternehmerischen Geschäftsverkehr zu reformieren. Ihrer Meinung nach sei es nicht ausreichend, dass zum Beispiel vor deutschen Gerichten in englischer Sprache verhandelt werden könne. Ausländische Parteien würden die Anwendung deutschen Rechts nur dann wählen, wenn das starre AGB-Recht flexibilisiert würde.

Hier hält die Initiative pro AGB-Recht, welcher der WSM angehört, dagegen. Mit rund 40 Unternehmensverbänden argumentiert diese Initiative, dass das deutsche Recht attraktiv und rechtssicher sei und es keine Flucht ins ausländische Recht gebe. Die Vertragsfreiheit in Deutschland ist nicht eingeschränkt. Alle Inhalte

können selbstverständlich vereinbart werden. Es gelten nur rote Linien für den Fall, dass eine Partei die Vertragsgestaltungsfreiheit einseitig an sich reißt. Das AGB-Recht hat sich über Jahrzehnte bewährt und steht der Attraktivität des Rechtsstandorts nicht entgegen. ■



Mehr Informationen dazu auf der Homepage der Initiative:
<http://www.pro-agb-recht.de>

Christian Vietmeyer

Syndikusrechtsanwalt, Hauptgeschäftsführer

WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

Uerdinger Straße 58-62

40474 Düsseldorf

Tel. 0211/95 78 68 22

cvietmeyer@wsm-net.de

www.wsm-net.de



Foto: Chris Göttert

Ansprechpartner

Bundesministerium der Justiz enttäuscht mit Viertem Bürokratieentlastungsgesetz

Der Referentenvorschlag „Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie“ (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz, BEG IV) wurde am 11. Januar 2024 vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) vorgelegt. Mit diesem Paket zum Bürokratieabbau möchte das BMJ Entlastungen von rund 682 Millionen Euro erreichen. Diese Entlastungen sind hauptsächlich auf drei im Referentenentwurf geplante Maßnahmen zurückzuführen.

Hotelmeldepflicht für Deutsche soll entfallen

Der Referentenentwurf sieht Änderungen des Handelsgesetzbuches, der Abgabenordnung und des Umsatzsteuergesetzes vor, die die Aufbewahrungsfrist für Buchungsbelege im Handels- und Steuerrecht von zehn auf acht Jahre verkürzen. Außerdem soll für deutsche Staatsangehörige künftig die Hotelmeldepflicht entfallen. Durch den Verzicht beziehungsweise die Absenkung von Formerfordernissen im Zivilrecht sollen weitere Entlastungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Änderung im Nachweisgesetz eröffnet die Nutzung in elektronischer Form

Ferner sollen im Nachweisgesetz die Formerfordernisse geändert werden. Danach sollen Arbeitgeber zukünftig auf die schriftliche Aushändigung der wesentlichen Arbeitsbedingungen verzichten können, sofern dem Arbeitnehmer ein von den Vertragsparteien in elektronischer

Form (§ 126a BGB) geschlossener Arbeitsvertrag in einem ausdrückbaren Format übermittelt worden ist. Ebenso soll die Mitteilung zur Änderung der wesentlichen Arbeitsbedingungen ebenfalls entfallen können, wenn ein in elektronischer Form (§ 126a BGB) geschlossener Änderungsvertrag in einem ausdrückbaren Format übermittelt worden ist. Ausgenommen von beiden Änderungen sind allerdings Arbeitnehmer, die in einem Wirtschaftsbereich oder Wirtschaftszweig nach § 2a Absatz 1 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes tätig sind.

Im Teilzeit- und Befristungsgesetz, dem Arbeitszeitgesetz und im Jugendarbeitsschutzgesetz sind ebenfalls Digitalisierungsmöglichkeiten vorgesehen. So soll es künftig ausreichen, wenn beispielsweise Aushangs- und Arbeitszeitznachweise über die im Betrieb oder in der Dienststelle übliche Informations- und Kommunikationstechnik zur Verfügung gestellt werden.

Änderungen im BGB im Vereins- und Zeugnisrecht

Im Bürgerlichen Gesetzbuch sind zudem zahlreiche Änderungen geplant. So soll im Vereinsrecht ein Beschluss auch ohne Versammlung der Mitglieder gültig sein, wenn alle Mitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschluss in Textform erklären (§ 32). Auch bei Satzungsänderungen kann die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder in Textform erfolgen (§ 33). Die Zeugniserteilung (§ 630 BGB) bei der Beendigung von Dienstverhältnissen soll durch eine Aufhebung des Satz 3 auch in elektronischer Form erfolgen können.

BÜROKRATIE ABBAUEN!

Viele Vorschläge bleiben weit hinter den Erwartungen zurück

Die Bundesregierung hat mit dem BEG IV einen umfangreichen Gesetzentwurf vorgelegt, der geringere Bürokratieaufwendungen zur Folge haben mag. Die Entlastungen auf dem Feld des Arbeitsrechts, insbesondere des Nachweisgesetzes, bleiben aber weit hinter den Erwartungen und Notwendigkeiten zurück. Die vorgeschlagenen Änderungen, die das Nachweisgesetz betreffen, lösen das in der betrieblichen Praxis bestehende Problem nicht und tragen deshalb nicht zu einer effizienten Bürokratieentlastung bei. Der aktuelle Vorschlag greift die bestehenden europäischen Spielräume nicht auf.

Ausweislich des Wortlauts soll der Nachweis der Arbeitsbedingungen entfallen, wenn und soweit der Arbeitsvertrag zuvor in einer „die Schriftform ersetzenden gesetzlichen elektronischen Form“ geschlossen wurde. Ein vergleichbarer Vorschlag wird im Eckpunktepapier für Vertragsänderungen in elektronischer Form gemacht. Die sogenannte gesetzliche elektronische Form ist in § 126a BGB geregelt, sodass eine sogenannte qualifizierte elektronische Signatur zwingend notwendig ist. § 126a Abs. 2 BGB stellt zudem klar, dass bei Verträgen beide Vertragspartner – bei einem Arbeitsvertrag also Arbeitgeber und Arbeitnehmer – qualifiziert elektronisch signieren müssen. Allerdings ist die Verwendung der elektronischen qualifizierten Signatur beidseitig, insbesondere aber auf Arbeitnehmerseite, völlig unüblich. Bei Arbeitnehmern, aber auch bei vielen Arbeitgebern ist die qualifizierte elektronische Signatur nicht verbreitet, da bereits die Einrichtung der hierfür erforderlichen Technik mit einem nicht

unerheblichen Aufwand verbunden ist. Zur groben Orientierung: Ein Kartenlesegerät, eine Signaturkarte und ein Zertifikat für eine qualifizierte elektronische Signatur mit einer Gültigkeitsdauer von drei Jahren kosten zwischen 120 und 160 Euro. Qualifizierte elektronische Signaturen werden derzeit allenfalls von professionellen Anwendern genutzt, etwa im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten.

Für die Arbeitswelt läuft der Vorschlag daher schon dem Grunde nach ins Leere und hätte damit keinen Anwendungsbereich in der Praxis. Der im Eckpunktepapier unterbreitete Änderungsvorschlag führt daher nicht zu einem Bürokratieabbau, sondern bestenfalls zu einer Verlagerung der Bürokratie vom analogen in den digitalen Bereich und ist unzureichend. Er führt mithin zu keinerlei Entlastung der Unternehmen und bedarf deshalb dringend einer Nachbesserung.

Bedauerlich ist, dass der Gesetzgeber die Chance nicht ergriffen hat, wirkliche umfassende und sinnbringende Änderungen und Digitalisierungsfortschritte anzugehen. So soll ein Mieter beispielsweise einen Kündigungswiderspruch auch in Textform erklären können, während im Nachweisgesetz auf die komplizierte elektronische Form gepocht wird.

Die Spitzenverbände werden die Gelegenheit nutzen und beim BMJ eine Stellungnahme zu dem Referentenentwurf einreichen. ■

Christian Vietmeyer

Syndikusrechtsanwalt, Hauptgeschäftsführer

WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

Uerdinger Straße 58-62

40474 Düsseldorf

Tel. 0211/95 78 68 22

cvietmeyer@wsm-net.de

www.wsm-net.de



Foto: Chris Göttert

Ansprechpartner



Foto: Malik - stock.adobe.com

Industrielle Versicherungen (45)

Grenzübergreifender Versicherungsschutz

Eine Betrachtung der Vor- und Nachteile von „Freedom of Services“-Policen für deutsche Unternehmen mit Niederlassungen im Ausland.

Die Globalisierung hat Unternehmen dazu veranlasst, ihre Geschäftstätigkeiten über nationale Grenzen hinweg auszuweiten. Auch aktuell ist die Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland aufgrund der Entwicklung des Produktionsstandorts Deutschland wieder ein großes Thema. In diesem Zusammenhang spielen sogenannte Europa-Policen oder „Freedom of Services“-Policen (FoS-Policen) eine entscheidende Rolle, insbesondere für deutsche Unternehmen mit Niederlassungen im europäischen Ausland. FoS-Policen bieten über eine einzige Erstversicherungspolice, die typischerweise im Sitzland

der Muttergesellschaft abgeschlossen wird, grenzüberschreitend einheitlichen Versicherungsschutz für international aufgestellte Unternehmen. Bei dieser Lösung gibt es keine lokalen Policen. Vielmehr wird der Versicherungsschutz aus dem Sitzland heraus, zum Beispiel aus Deutschland, für Niederlassungen in zum Beispiel Polen oder Tschechien bereitgestellt.

Vorzüge von FoS-Policen

Lückenloser Versicherungsschutz: FoS-Policen ermöglichen deutschen Unternehmen den nahtlosen Betrieb ihrer Versicherungen über

verschiedene EU-Länder hinweg. Dies fördert die Effizienz und Flexibilität bei grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeiten.

Kosteneffizienz: Durch die Nutzung einer einzigen Police für mehrere Standorte können Unternehmen Kosten sparen, die bei der Verwaltung mehrerer nationaler Policen entstehen würden. Dies ist besonders relevant für mittelständische Unternehmen, die ihre Ressourcen effektiv nutzen müssen.

Police in Muttersprache: Entscheidet sich ein deutsches Unternehmen für eine FoS-Police, ist die Vertragssprache Deutsch, was dafür sorgt, dass, anders als bei rein lokaler Absicherung im Ausland, keine Deckungslücken durch Übersetzungs- und Verständnisfehler entstehen.

Herausforderungen von FoS-Policen

Sprach- und Kulturdifferenzen: Der Betrieb in verschiedenen Ländern bringt oft sprachliche und kulturelle Herausforderungen mit sich. FoS-Policen erfordern klare Kommunikation und Verständnis zwischen den Versicherungsunternehmen und den Kunden in verschiedenen Sprach- und Kulturräumen.

Regulatorische Komplexität: Jedes Land hat seine eigenen Versicherungsvorschriften. FoS-Policen müssen daher sorgfältig gestaltet werden, um den regulatorischen Anforderungen in allen betroffenen EU-Ländern gerecht zu werden. Dies erfordert eine ständige Überwachung und Anpassung der Policen.

Begrenzte Deckungsoptionen: FoS-Policen könnten in einigen Fällen nicht alle spezifischen Bedürfnisse eines Unternehmens in einem bestimmten Land abdecken. Dies erfordert eine sorgfältige Prüfung und gegebenenfalls ergänzende lokale Policen.

Fazit

Freedom of Service-Policen bieten zweifellos eine effektive Lösung für deutsche Unternehmen mit Niederlassungen im europäischen Ausland. Die Vorteile sind greifbar. Dennoch ist eine gründliche Analyse der potenziellen Herausforderungen und Risiken unerlässlich, um sicherzustellen, dass die gewählte FoS-Police den spezifischen Bedürfnissen des Unternehmens gerecht wird. In einer sich ständig verändernden globalen Wirtschaft ist die Flexibilität, aber auch die sorgfältige Anpassung an lokale Gegebenheiten, der Schlüssel zu einer erfolgreichen Nutzung von FoS-Policen für deutsche Unternehmen im EU-Ausland. ■

Dennis Gottschalk, M. Sc.

VSM Versicherungsstelle
Stahl- und Metallverarbeitung GmbH
Hohenzollernstraße 2
44135 Dortmund
Telefon: 0231 / 5404-521
Dennis.Gottschalk@leue.de



Foto: Lutz Kampert

Ansprechpartner